

des Wiener Weihbischofs *Florian Kuntner* wäre manche bedenkliche Entwicklung vermeidbar gewesen, wenn man in Rom die Kirche Österreichs mehr gehört hätte, als dies der Fall war. Das II. Vatikanische Konzil habe die Bedeutung eigenständiger Lokalkirchen erkannt. Wie die Kirchengeschichte zeige, könne es zu katastrophalen Fehlentwicklungen führen, wenn etwa einseitig nur auf die von der Kirchenleitung ausgehenden Impulse gesetzt werde.

### Wer wird Vorsitzender der Bischofskonferenz?

Der Kärntner Diözesanbischof *Egon Kapellari* warnte davor, die gegenwärtigen Turbulenzen nur in den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Ernennung neuer Bischöfe begründet zu sehen. Ursachen dafür seien vielmehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Einschätzungen der Stärke wie der Gefährdung des Glaubens sowie des kirchlichen Lebens in Österreich und in anderen Ländern: „So glauben manche, daß die Kirche hierzulande unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen gar nicht viel lebendiger sein könnte, als sie es ist. Andere wiederum zählen besorgt die Mängel der Kirche auf und bedenken manchmal zu wenig, daß die Kir-

che immer zugleich Heilige und Sünder in sich vereinigt hat.“

Ungeachtet dieser Lage gab die österreichische Bundesregierung am 10. Januar für Georg Eder und am 17. Januar für Klaus Küng die im Konkordat geforderte Erklärung ab, daß gegen deren Bestellung keine politischen Einwände bestehen. Die „technischen Prozeduren“ der Bestellung waren damit abgeschlossen. Die Diskussionen um diese Vorgangsweise gehen aber in unverminderter Heftigkeit weiter, die Emotionen sind hochgeschaukelt, der Schaden für die Kirche ist enorm. Die wichtigste kirchenpolitische Frage ist nun: Wer wird nach dem Rücktritt von Erzbischof Karl Berg als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz, der nach der Bestellung der beiden neuen Bischöfe zu erwarten ist, zu seinem Nachfolger gewählt werden? Dieser Zeitplan war schon im Sommer des Vorjahres, anlässlich der Annahme des Rücktrittsgesuches von Erzbischof Berg, von Rom vorgegeben worden. Jetzt ist abzusehen, daß mit der Bestellung des neuen Erzbischofs von Salzburg und mit der darauf folgenden Ernennung des neuen Bischofs von Vorarlberg eine folgenschwere Änderung der internen Kräfteverhältnisse in der Bischofskonferenz herbeigeführt wird. Damit dürfte die Situation der Kirche in Österreich noch schwieriger werden. F. C.

schon Armee und Guerilla beschränkt. Wie derzeit kein anderes Land Lateinamerikas ist Kolumbien von einem Netz organisierter und individueller Gewalt überzogen, ohne daß Regierung und Justiz ihr Einhalt gebieten könnten. Nach vorsichtigen Schätzungen werden seit 1986 jährlich 10 000 Kolumbianer Opfer allgemeiner Kriminalität oder politischer Gewalt; von Amnesty International zitierte Polizeiberichte geben allein für 1986 14 000 registrierte Mordopfer an – bei 29 Millionen Einwohnern kommt ein Gewaltopfer auf 2000 Kolumbianer.

### Armut als strukturelle Form von Gewalt

Mit der Zunahme der Gewalttätigkeiten vermischen sich zusehends die gesellschaftlichen und politischen Faktoren, die ausschlaggebend waren für ihr Entstehen. Eine vor zwei Jahren erstellte soziologische Studie über das Phänomen der Gewalt in Kolumbien zeigte die Komplexität der Ursachen und Wirkungen von Gewalt auf; heute sind die Urheber und Täter der alltäglich gewordenen Gewalttaten oft nur noch zu vermuten: paramilitärische Kommandos, Linksextremisten und immer bestimmender das *Geschäft mit dem Rauschgift* auf allen sozialen Ebenen. Die Opfer sind linke Oppositionelle und Gewerkschafter, aber immer häufiger auch nur mutmaßliche Regimegegner, Menschenrechtler, Richter, Journalisten, Bauern und Polizisten. In immer zahlreicheren Fällen werden in Polizeiberichten persönliche Auseinandersetzungen als Motiv angegeben, hinter denen in Wirklichkeit eher eine wie immer geartete Verwicklung in den Drogenhandel vermutet werden kann.

Neben gezielten Mordanschlägen – im Februar 1988 wurde der Generalstaatsanwalt *Carlos Mauro Hoyos* entführt und ermordet, im Dezember 1987 der Führer der linksgerichteten „Patriotischen Union (UP)“, *Jaime Pardo Leal* – wurden in jüngster Zeit regelrechte Massaker begangen: Mitte November 1988 kamen bei einem Überfall Bewaffneter in der nordkolumbianischen Stadt Segovia mindestens 42 Zivilisten ums Leben. Das

### Kolumbien: Sorgen der Bischöfe angesichts eskalierender Gewalt

Die offenbar immer unkontrollierbarer sich ausbreitende Gewalt in Kolumbien hat die Bischöfe des südamerikanischen Landes auf den Plan gerufen: Der Episkopat unter dem neuen Vorsitzenden Kardinal *Alfonso López Trujillo*, hat sich angeboten, zwischen Regierung und Aufständischen zu vermitteln. Bisher hat der seit zwei Jahren amtierende Präsident *Virgilio Barco* anders als sein Vorgänger *Belisario Betancur* allerdings keine Bereitschaft zu Gesprächen mit den Guerilla-Organisationen gezeigt. Er stellte ihnen im

August lediglich eine Amnestie für den Fall in Aussicht, daß sie die Waffen niederlegen. Die Aufständischen ihrerseits taktieren unterschiedlich: Die gesprächsbereite „M-19“, aber auch die FARC („Bewaffnete Revolutionsarmee Kolumbiens“) bemühen sich darum, als politische Gesprächspartner anerkannt zu werden, während z. B. die ELN („Nationale Befreiungsarmee“) Verhandlungen ablehnt. Das Phänomen der Gewalt in Kolumbien ist jedoch keineswegs auf die militärischen Auseinandersetzungen zwi-

Militär beschuldigte die Guerilla, die in der Region einflußreiche UP machte rechtsextreme Todesschwadronen für das Blutbad verantwortlich. Anfang April und Ende August wurden bei ähnlichen Überfällen 60 Bauern erschossen.

Die expandierende politische Gewalt hat in Kolumbien eine schlimme Tradition: In der Epoche der „Violencia“ zwischen 1947 und 1953 kamen bei bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen 200 000 und 300 000 Menschen um. Seit den 60er Jahren bekämpfen linksrevolutionäre Guerilla-Gruppen die bürgerlichen Regierungen; sie operieren nach einer Phase des Rückzugs nun in fast allen Teilen des Landes und halten einzelne Regionen besetzt, wo sie sogenannte Revolutionssteuern eintreiben.

In diesem Sommer veröffentlichte die bischöfliche Kommission für Sozialpastoral eine *Studie über die eskalierende Gewalt in Kolumbien*, die auf einer Umfrage in allen Diözesen des Landes basiert. Wie die von Soziologen der Universidad Nacional de Colombia im Auftrag der Regierung erstellte Untersuchung „Gewalt und Demokratie in Kolumbien“ (Bogotá, Centro Editorial, 1987) geht auch die kirchliche Veröffentlichung von dem Phänomen „in der gesamten kolumbianischen Gesellschaft gemein gewordener Gewalt“ aus: „Unser Land erlebt die Gewalt in ihren verschiedensten Formen; nicht als punktuelles, sporadisches Ereignis, sondern wie einen atmosphärischen Druck, der schwer auf allen Bereichen und Aktivitäten des nationalen Lebens lastet.“

Als eine Ursache und gleichzeitig Folge der Gewalt nennt die kirchliche Untersuchung *Armut und Verelendung der Bevölkerung* (obwohl das Land derzeit einen Wirtschaftsboom erlebt). Armut sei letztlich eine „strukturelle Form von Gewalt, für die wir unempfindlich geworden sind“. In dem Teil der Studie, der die Formen von Gewalt nach ihren Urhebern und Tätern beschreibt, wird die Guerilla als erste genannt. Ausdrücklich wird dort auf die Kooperation der Aufständischen mit den Rauschgiftsyndikaten verwiesen: „Der Drogenhandel finan-

ziert die Guerilla, die ihrerseits die Anbaugebiete und ihre Besitzer schützt.“ Das Drogengeschäft korrumpiere das Land längst bis in die öffentlichen Ämter.

## Schwache Justiz-Übergriffe der Staatsorgane

Eindringlich verweist das kirchliche Dokument auf die Notwendigkeit, dem Recht und den Gerichten in Kolumbien wieder Geltung zu verschaffen. „Da die Richter in Kolumbien nicht funktionieren..., werden sie durch zwei finstere Methoden ersetzt: den gedungenen Mörder und die Bestechung.“ Im Gerichtssaal, bei Behörden, im Finanzamt, im Geschäftsleben und an den Zollschranken des Landes „zahlt, wer nicht im Recht ist, und auch der, der im Recht ist, aus Angst, man werde es ihm verweigern“. Zur sogenannten Selbstverteidigung seien in den letzten Jahren nach Angaben der Regierung 130 paramilitärische Mordkommandos entstanden, „die mit Duldung der Behörden Waffen tragen“. Nach Angaben von Amnesty International sind seit 1985 450 Mitglieder der Patriotischen Union von den Todesschwadronen ermordet worden. Die Gewerkschaftsorganisation CUT spricht von 120 Opfern aus ihren Reihen innerhalb weniger Monate. Die Bereitschaft, für Geld zu töten, wie die Häufigkeit solcher Aufträge, heißt es in der kirchlichen Untersuchung, zeigten auf erschreckende Weise, welch geringen Wert das Leben im Bewußtsein vieler Kolumbianer habe.

Die Studie befaßt sich auch mit der „institutionalisierten Gewalt“, die durch Übergriffe „oder Untätigkeit“ der Staatsorgane verübt werde – ein Thema, zu dem die äußerst konservative Bischofskonferenz lange Zeit geschwiegen hat. „Die Nachlässigkeit der Justiz, die Verbrechen ungestraft läßt, ist eine der schwerwiegendsten Ursachen der Gewalt.“ Staat und Regierung wirft die Kirche vor, ihre Haltung gegenüber den Todesschwadronen, die offenbar von der Armee mit Waffen versorgt würden, sei nicht eindeutig. „Nicht das Normale, aber auch nicht eben selten“ seien auch Über-

griffe von Soldaten auf wehrlose Campesinos und Indios. Die Passivität der staatlichen Organe habe „womöglich noch zur Ausbreitung der Gewalt beigetragen“.

„Vor einer Situation wie der jetzigen, in der sich die Gewalt über das ganze Land ausbreitet, kann die Kirche weder die Augen noch ihr Herz verschließen; sie muß dem einzelnen wie der Gesellschaft zu Hilfe kommen“, heißt es einleitend zu den pastoralen Empfehlungen der Studie, die das kirchliche Personal und die Gläubigen zu christlichem Zeugnis, Engagement, „anuncio y denuncia“ (Verkündigung und Anklage) ermutigen soll. Die Nation könne nur vor der Anarchie bewahrt werden, „wenn das Denken entwoffnet, die Justiz wiederhergestellt und die Armut bekämpft werden“.

Die kolumbianische Kirche hat sich mit ihrem Vermittlungsangebot auf einen schwierigen Weg begeben. Das Betreten der politischen Bühne, der Versuch, ihr gesellschaftliches Ansehen in den Dienst des Volkes und der Nation zu stellen, kann nur Erfolg haben, wenn sie gehört und ernst genommen wird. Daß die Bischöfe ihr politisches Gewicht nicht überschätzen, zeigt die erste pastorale Empfehlung der „Gewalt“-Studie: „Es ist notwendig, das Vertrauen des Landes in die kirchliche Hierarchie wiederzugewinnen.“

Noch im vergangenen Jahr neigte die Mehrheit der Vollversammlung der Tendenz zu, sich auf die Beobachtung der politischen Entwicklung zu beschränken. Doch der neue Präsident der Bischofskonferenz, Kardinal López Trujillo, ehemaliger Generalsekretär und Präsident des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, erklärte gleich nach seiner Wahl, die Kirche werde das Gespräch mit allen gesellschaftlichen Gruppen des Landes suchen. In der Zwischenzeit haben Begegnungen mit Präsident Barcos, mit Vertretern der traditionellen Parteien und der linksgerichteten UP stattgefunden.

Im April des Jahres 1988 berief die Bischofskonferenz ein Beratergremium für die 1986 gegründete bischöfliche Justitia-et-Pax-Kommission, die ihre

Arbeit mit der Unterstützung dieser Experten erst richtig aufgenommen hat. Auch die katholische Kirche Kolumbiens hat ihre Gewaltopfer: Allein im Lauf eines Jahres wurden drei Priester ermordet – fast unbeachtet von der Öffentlichkeit. Auch die Hierarchie äußerte sich soweit bekannt nicht zu den Vorfällen.

## Das Geschäft mit dem Rauschgift

Der mächtigste Gewalt-Faktor in der kolumbianischen Gesellschaft, das Geschäft mit dem Rauschgift, entzieht sich (zumindest noch) der soziologischen Analyse. Auch die kirchliche Untersuchung vermochte wenig mehr als den Verdacht zu äußern, daß die kolumbianischen Drogenkartelle im-

stande seien, den Staat zu erschüttern. Daß die am Rauschgift Reichgewordenen in entlegenen Landesteilen bereits ein Drittel des im Zuge der Landreform in den letzten 25 Jahren verteilten Grund und Bodens aufgekauft haben und so ihr Geld „waschen“, ist ein Beispiel für die verheerenden sozialen Auswirkungen dieses gewinnträchtigen Erwerbszweigs. Zu ihm gehören auch die meisten der zahllosen „gamines“, der Straßenjungen von Bogotá, die die Droge ernährt und ruiniert. Stärkste Abnehmer der in Kolumbien angebauten und produzierten Rauschgifte sind die USA und die Länder Westeuropas. Mit 720 Milliarden DM Umsatz pro Jahr nimmt der Drogenhandel laut Angaben der amerikanischen Regierung nach Erdöl und Waffen die dritte Stelle ein. G. B.

sichtbar wird, überrascht allein schon der Hinweis auf die Ökumene als Rechtfertigungsgrund für die Nachsicht Roms mit den Traditionalisten: Und zwar deshalb, weil ja nicht die Vielfalt an Riten in der katholischen Kirche strittig ist, sondern die *Anwendung dieses Modells auf die Lefebvre-Anhänger*; durch das Konzil und die Liturgiereform wurde immerhin eine Gestalt der Liturgie in der Gesamtkirche durch eine andere ersetzt.

Über die Zahl derer, die Lefebvres Schritt in das Schisma nicht mitzugehen gewillt sind, lassen sich bislang Aussagen am ehesten in bezug auf die Priester, Seminaristen und Ordensleute machen. Der Vorsitzende der ad-hoc-Kommission „Ecclesia Dei“, der deutsche Kurienkardinal *Augustin Mayer*, bezifferte Mitte Dezember in einem Interview mit dem italienischen Fernsehen die Zahl der Priester, Seminaristen und Ordensleute, die sich nach den Bischofsweihen von Lefebvre losgesagt haben, auf rund 100. Die *Priesterbruderschaft St. Pius X.* sah sich daraufhin genötigt, darauf hinzuweisen, daß es sich dabei keineswegs allesamt um ehemalige Mitglieder der Priesterbruderschaft St. Pius X. handele, sondern um Mitglieder verschiedenster Gemeinschaften. Nach Angaben des Generaloberen *Franz Schmidberger* haben 15 Priester (von insgesamt 218) und 19 Seminaristen (von 260) die Priesterbruderschaft St. Pius X. nach und wegen der Weihe der vier Bischöfe durch Lefebvre verlassen.

Die Entwicklung bei den rückkehrwilligen ehemaligen Lefebvre-Anhängern ist bisher weithin in den von „Ecclesia Dei“ vorgezeichneten Bahnen verlaufen. Verwundert hat jedoch die Eile, mit der der Apostolische Stuhl die Bemühungen um die Wiedereingliederung dieser Personengruppe vorantreibt. Verschiedentlich waren Bischöfe in Interviewäußerungen bemüht, den Stellenwert der Traditionalistenproblematik angesichts viel weitergehender Herausforderungen in Pastoral und Verkündigung zurechtzurücken (so z. B. der Erzbischof von Avignon, *Raymond Bouchex*, in: *La Croix*, 1. 12. 88, oder auch der Main-

## Traditionalismus: Entsteht eine Art Parallelkirche?

Auch ein halbes Jahr nach der Weihe von vier Bischöfen durch den inzwischen exkommunizierten Traditionalistenführer *Marcel Lefebvre* ist erst in Umrissen erkennbar, welche Entwicklung die Gruppe derjenigen nehmen wird, die den Schritt Lefebvres nicht mittragen wollen bzw. die der Ansicht sind, daß sie ihren Zielen besser dienen, wenn sie innerhalb der katholischen Kirche verbleiben, zumal die vom Papst in seinem Motuproprio „Ecclesia Dei“ vom 2. Juli 1988 (vgl. HK, August 1988, 365 f.) dafür festgelegten Bedingungen für sie so günstig sind, wie sie es seit Bestehen der Traditionalistenbewegung nie waren.

## Der Apostolische Stuhl hat es eilig

In seiner traditionellen Weihnachtsansprache vor den Kardinälen und den Mitarbeitern der römischen Kurie rechtfertigte Johannes Paul II. ausdrücklich dieses Vorgehen: Er habe nicht gewollt, daß der unvermeidliche Rückgriff auf die Exkommunikation

„das letzte Wort bleibt“. Deshalb habe er die Errichtung einer eigenen Kommission für angebracht gehalten, „die den entsprechend eingestellten Gläubigen den Ausdruck der positiven Werte ihrer eigenen kulturellen und geistlichen Formung innerhalb der Kirche gestatten durfte“ (vgl. *L'Osservatore Romano*, 23. 12. 88).

Mit einem Zitat aus „Ecclesia Dei“ versuchte auch der Sekretär der römischen Traditionalistenkommission gleichen Namens, *Camille Perl*, in einer Stellungnahme die römische Vorgehensweise zu erläutern: Man müsse sich erneut der „Vielfalt der Charismen wie auch der Traditionen von Spiritualität und Apostolat“ in der Kirche bewußt werden. Den Umgang der katholischen Kirche mit den Traditionalisten bezeichnete er als einen „Testfall dafür, wie einmal die orthodoxen Christen von uns aufgenommen werden, sollte die Einheit mit ihnen der einst wiederhergestellt werden“ (*L'Osservatore Romano*, Wochenausgabe in deutscher Sprache, 13. 1. 89). Abgesehen von dem problematischen Ökumene-Modell, das in dieser Aussage